

Stellungnahme der „**Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin**“ zu der
zunehmenden Bedeutung palliativmedizinischer Inhalte
sowohl auf den Kongressen medizinisch-wissenschaftlicher Fachgesellschaften
wie auch in der gesellschaftspolitischen Diskussion

Palliativmedizin und Palliativpflege sind in den letzten Jahren zunehmend in den Focus des wissenschaftlichen wie auch des öffentlichen Interesses gerückt. War die Sorge um die Schwerkranken und die Sterbenden lange Zeit kein Thema, das öffentlich verhandelt wurde und auch nur in Ausnahmefällen Anlaß wissenschaftlicher Debatten, so zeigt sich in letzter Zeit ein auffallend breit gefächertes Interesse an palliativmedizinischen Inhalten. Nicht zuletzt auch die in der Öffentlichkeit intensiv thematisierte Euthanasie-Gesetzgebung in den Niederlanden mag zu diesem gesteigerten Interesse beigetragen haben.

Die *Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin (DGP)* begrüßt es ausdrücklich, daß Palliativmedizin und Palliativpflege auf diesem Weg immer mehr in das Blickfeld der im Gesundheitswesen tätigen Berufsgruppen wie auch in die Wahrnehmung einer interessierten Öffentlichkeit geraten. Allein bezogen auf das Jahr 2001 soll im folgenden für die Bereiche Fachöffentlichkeit, Politik und Medien ein kurzer Überblick über die Entwicklung gegeben werden.

Fachöffentlichkeit

Palliativmedizinische Inhalte waren auf den Kongressen und Tagungen der medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften so häufig vertreten wie nie zuvor. Sämtliche Berufsgruppen, die in die Betreuung terminal Kranker involviert sind, boten ein breites Spektrum palliativmedizinischer und palliativpflegerischer Fortbildungsinhalte an. Beispielhaft für diesen Trend seien einige besonders renommierte Veranstaltungen genannt, auf denen der Palliativmedizin eine erstaunlich große Aufmerksamkeit entgegen gebracht wurde.

- 01/2001: 25. Interdisziplinäres Forum „Fortschritt und Fortbildung in der Medizin“ der Bundesärztekammer (Ein ganzer Vormittag des 3-tägigen Symposiums war allein der „Verbesserung der Lebensqualität als therapeutisches Ziel des Arztes am Beispiel der Palliativmedizin“ gewidmet.)
- 05/2001: 50. Deutscher Ärztekongreß (Eines der Schwerpunktsymposien war der Schmerztherapie gewidmet. Die aktuellen Empfehlungen der „European Association of Palliative Care“ zur Tumorschmerztherapie stießen auf nachhaltiges Interesse.)
- 09/2001: 24. Deutscher Hausärztetag (Die *Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin* widmete eines ihrer sechs wissenschaftlichen Seminare dem Thema „Sterbebegleitung“)
- 09/2001: Gemeinsame Jahrestagung der Deutschen und Österreichischen Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie (In einer ganztägigen Parallelveranstaltung wurden palliativmedizinische Themen von Referenten unterschiedlichster Herkunft - Onkologie, Anästhesie, Allgemeinmedizin, Innere Medizin, Psychologie, Chirurgie, Pflege – beleuchtet.)
- 10/2001: Jahreskongreß der Deutschen Gesellschaft zum Studium des Schmerzes (In mehreren Symposien und curricularen Veranstaltungen kamen palliativmedizinische Themen zum Vortrag.)

Politik

Auch politischen Entscheidungsträgern werden palliativmedizinische Inhalte zunehmend vertrauter. Der Bedarf an Beratung durch erfahrene Praktiker der Palliativmedizin und Hospizarbeit wird immer größer. Palliativmedizinische Expertise wird auf allen Ebenen der Politik (Bund, Länder, Kommunen), aber auch in Verbänden und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens nachgefragt. 3 Beispiele für die wachsende Bedeutung der Palliativmedizin auch in politischen Überlegungen und Prozessen mögen das illustrieren:

- **Bundesrats-Initiative zur Finanzierung ambulanter Hospizarbeit:** Um auch die ambulante Hospizarbeit zumindest teilweise als Aufgabe der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu verankern, verständigte sich der Bundesrat im Sommer auf einen Gesetzentwurf, in dem erstmals auch die palliativpflegerische Beratung im ambulanten Sektor als Kassenleistung anerkannt wird. Vorausgegangen war im Frühjahr eine Sachverständigen-Anhörung im Bundesrat, bei der auch acht Vertreter der Hospiz- und Palliativbewegung als Experten geladen waren.
- **Berliner Rede des Bundespräsidenten:** In seiner viel beachteten diesjährigen Berliner Rede zu den Chancen und Gefahren der Biopolitik äußerte sich Bundespräsident Johannes Rau auch ausführlich zum Problemkreis der aktiven Sterbehilfe, die er, unter Verweis auf ein Zitat von Prof. Eberhard Klaschik, dem Präsidenten der DGP, ausdrücklich ablehnte.
- **Gutachten des Sachverständigenrats für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen:** In seinem ausführlichen Gutachten über „Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit“ kommt der Sachverständigenrat u.a. zu dem Schluß, daß es eine erhebliche Unterversorgung in der Betreuung terminal Kranker in Deutschland gibt. Fazit: „Der Rat hält den Ausbau von Hospizen und anderen spezialisierten ambulanten und stationären Angeboten für erforderlich.“

Medien

Ein dominierendes Thema in den Medien war in 2001 zweifellos die gesetzliche Regelung zur Sterbehilfe (Euthanasie-Gesetzgebung) in den Niederlanden. Alle großen Tageszeitungen und politischen Magazine berichteten in diesem Zusammenhang nicht nur über den Entscheidungsprozeß der holländischen Legislative, sondern wiesen in Kommentaren und Reportagen auch immer wieder auf die Möglichkeiten von Palliativmedizin und Hospizarbeit als Alternative zum Angebot der aktiven Sterbehilfe hin. Auch die Fernsehsender (z.B. ZDF, arte) und Hörfunkprogramme widmeten sich dem Thema in zum Teil mehrstündigen Beiträgen.

Auch wenn von fast allen maßgeblichen Politikern und den in Deutschland befragten Experten eine Regelung wie in Holland abgelehnt wird, bleibt die mehrheitliche Zustimmung in der Bevölkerung, so wie sie in mehreren Umfragen ermittelt wurde, doch ein Phänomen, das nachdenklich macht. Es ist davon auszugehen, daß der Gedanke an das eigene Sterben und den eigenen Tod bei vielen Menschen mit großer Angst vor unnötigem Leid und unstillbarem Schmerz einhergeht.

So bedrückend diese Überlegung für den Einzelnen auch sein mag, so zuversichtlich stimmt es, daß kaum noch ein Tag in Deutschland vergeht, ohne das zumindest in einer Regionalzeitung vom ehrenamtlichen Engagement eines Hospizdienstes oder von den Fortschritten palliativmedizinischer und palliativpflegerischer Bemühungen berichtet wird. Die *Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin* wird sich auch weiterhin bemühen, diese Entwicklung tatkräftig zu fördern. (7.10.2001)